

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Abnehmer-Kasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

13 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6550-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.



Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Nr. 1.— monatlich, Nr. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Briefporto. Mit 4.05 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ansonsten durch die Postämter. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Tagblatt“-Verwaltung, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die hiesige Ausgabe-Verwaltung und in den benachbarten Landorten und im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Pfg. für die erste Ausgabe im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 30 Pfg. in beiden abwechselnden Spalten, sowie für alle übrigen druckbaren Anzeigen; 30 Pfg. für alle anderweitigen Anzeigen; 1 Pfg. für die ersten Zeilen; 2 Pfg. für die übrigen Zeilen. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Ermäßigung.

Anzeigen-Kumulation: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 5 Uhr nachmittags.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernspr.: Amt Lützow 6202 u. 6203.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Freitag, 20. Oktober 1916.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 507. • 64. Jahrgang.

Verbündete Reserven für Frankreich.

Aus Genf, 17. Oktober, wird uns geschrieben:

In der Pariser Kammer wird zurzeit über die Interpellation, betreffend die Effektivbestände Frankreichs, verhandelt. Diese Interpellationen sind von der französischen Regierung selbst bestellt, die nur darauf wartet, nach fruchtlosem Hin- und Herreden mit einem großen „Kriegsplan“ hervorzutreten, die qualende Frage scheinbar zu lösen und — sich noch etwas länger zu halten. Die Sachlage ist folgende: Frankreich hat seinen letzten Mann in die Schlängengrößen geschickt. Die Poilus, die sich heute an der Front schlagen, können auf keinen Ersatz mehr hoffen. Die Mannschaffsreserven der Seere der dritten Republik sind erschöpft. Sie sind im furchtbaren Verteidigungsringen um Verdun und im fruchtlosen Ansturm gegen die deutsche Mauer an der Somme verbraucht worden. Weitere Opfer gehen heute über die Kraft der dritten Republik. Man hat bei uns schon oft diesen Moment der Erschöpfung angekündigt, und trotzdem fanden die Franzosen immer noch Soldaten zur Abwehr und sogar zum Angriff. Diese Ankündigungen waren eben verfrüht und rechneten nicht mit der unerbittlichen, reißenden Ausnutzung des französischen Volkes für den Militärdienst, welche die Republik durchgeführt hat. Aber nun ist man wirklich am Ende. Die verzweifeltsten Razzien nach neuem Menschenmaterial in Afrika waren das letzte Mittel, die zweite Radmusterung sämtlicher Untauglicher das allerletzte. Aus diesen längst vertrockneten Quellen floß kein Strom mehr. Jetzt versucht man es zum allerletzten Male mit einer neuen „Idee“! Mit der Idee der „gemeinsamen Reserve“. Und niemand anders als Ministerpräsident Briand und der Senatspräsident Humbert, „das Gewissen Frankreichs“, sind die Väter, d. h. von Humbert stammt der ursprüngliche Plan, Briand befragt die Populardemokratie sowohl hinter wie vor den Kulissen der politischen Bühne. Er erhofft von diesem neuesten Bluff nicht nur das Heil Frankreichs, sondern eigenen unsterblichen Ruhm. Um was handelt es sich?

Der Grundgedanke der „gemeinsamen Reserve“ ist eine großzügige Ausnutzung der Mannschaffsreserven der Verbündeten Frankreichs zur Auffüllung französischer Truppenrahmen. In erster Linie kommt für den Ersatz der französischen Verluste bei Verdun und an der Somme Rußland in Betracht. In Paris hält man die russischen Reserven immer noch für unererschöpflich. Diese Reserven, so wird versichert, könne Rußland aber auf seiner eigenen Front nicht einsetzen, weil es an Waffen fehlt, um sie auszurüsten, und an Offizieren, um sie zu befehligen. Briand hofft nun, die russische Regierung zu bewegen, wenigstens einen Teil dieser Reserven nach Frankreich transportieren zu lassen, wo es weder an Waffen noch an Offizieren fehle. Von England erwartet Frankreich etwas anderes. Die Engländer schiden, wie Briand jüngst feststellte, längst alle irgendwie entbehrlichen Truppen nach Frankreich. Sie können also in dieser Richtung nicht viel mehr tun. Was man in Frankreich zu erreichen hofft, ist vielmehr die Verschmelzung ihrer Truppen mit den französischen Heeresverbänden, die Einreihung englischer Regimenter, Brigaden und Divisionen in französische Armeekorps. Die Franzosen hoffen, die Engländer für diesen Gedanken gewinnen zu können, weil man in England selbst mit der obersten Leitung des Britenheeres nicht allzu zufrieden ist. Die Franzosen sagen also, Frankreich hat den guten Generalstab, England hat die Truppen und die Verschmelzung beider Elemente würde das englische Menschenmaterial schonen und gleichzeitig den Sieg beschleunigen. Dieses Argument ist kürzlich vom Senator Bérenger in der Zeitung „Paris-Midi“ gebraucht worden, und der Pariser Korrespondent des „Journal de Genève“, der sicherlich inspiriert worden sein dürfte, berichtet bereits ganz zuverlässlich, daß man vor Beendigung des Krieges englische Divisionen inmitten französischer Armeekorps kämpfen sehen werde. Das dritte Menschenreservoir ist Italien. Da er von Italien keine Soldaten bekommen kann, hofft Briand wenigstens Arbeiter für die Fabriken zu erhalten und die Befreiung zahlreicher in den italienischen Depots unnütz exerzierender Mannschaften vom Heeresdienst durchzusetzen.

So sieht in großen Zügen der neue Kriegsplan Briands aus, den er mit Hilfe einer geschickt und energisch betriebenen Pressekompanie zu verwirklichen hofft. Das weitere, vor allem die Aussichten des Planes wird man aus den Verhandlungen der französischen Kammer und aus der Presse der Alliierten erfahren,

die bei solchen Opfern, die ihnen da von Briand zugemutet werden, doch auch ein Wort werden mitsprechen wollen.

Ein französischer Protest gegen Lloyd Georges Maulschentum.

W. T. B. Manchester, 18. Okt. Der „Manchester Guardian“ meldet aus Paris vom Freitag: Die Erklärungen, die Lloyd George einem Vertreter der „United Press“ gegeben hat, haben hier einen ziemlich ungünstigen Eindruck gemacht und dieser hat sich inzwischen nicht verringert. Die Ansicht sämtlicher Kreise stimmt mit den Vorbehalten des Leitartikels des „Manchester Guardian“ vom 30. September überein. Man fragt, welchen Grund Lloyd George gerade in diesem Augenblick gehabt habe, um in so schroffen Ausdrücken zu erklären, daß England keinen Vermittlungsversuch dulden würde. Gerade die Schroffheit seiner Ausdrucksweise könnte — so sagt man — den ertümelnden Eindruck hervorrufen, daß ein Vermittlungsversuch gemacht worden sei oder gemacht werde und daß einer oder der andere der Verbündeten geneigt scheine, ihm Gehör zu geben. Außerdem findet man es nicht wünschenswert, daß derartige Erklärungen von einem Mitglied zu einer der verbündeten Regierungen gemacht würden, das nicht einmal der Minister sei, der über solche Fragen zu sprechen berufen sei. Der Korrespondent fährt fort: Glücklicherweise hat die französische Presse nicht viel über das Interview geschrieben, so daß es auf das Publikum keinen großen Eindruck gemacht hat.

Der Krieg gegen England. Sonderfriedensfragen im englischen Unterhaus.

W. T. B. Rotterdam, 19. Okt. (Drahtbericht.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London vom 18.: Im Unterhause fragte der Liberale Chapple, ob mit den Entente-Regierungen über gemeinsame Kundgebungen beraten worden sei, daß über Friedensbedingungen, die Deutschlands Bundesgenossen anbahnen, nicht mit Deutschland verhandelt, sondern mit jedem von jenen ein Sonderfriede abgeschlossen wird. Lord Robert Cecil antwortete schriftlich folgendermaßen: „Ich bin nicht bereit, irgend eine Mitteilung über vertrauliche Verhandlungen zu machen, die zwischen den Alliierten stattgefunden oder nicht stattgefunden haben.“ Der Liberale Trevelyan fragte, ob die Regierung mit ihren Alliierten ein Abkommen abgeschlossen habe, Rußland als Resultat dieses Krieges Konstantinopel zu garantieren. (Ruf: Oh, oh.) Lord Robert Cecil antwortete: „Ich kann keine einzige Mitteilung (Sört-Sört-Rufe) über die möglichen Friedensbedingungen machen, außer nach vorherigen Beratungen mit den Alliierten und mit deren Zustimmung. Ich zweifle nicht, daß sie Mitteilungen darüber machen werden, sobald sie es für wünschenswert halten.“

Seranziehung der 41-jährigen in England.

Br. Rotterdam, 19. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Vom 1. November ab müssen die 41-jährigen Männer in England sich für den Dienst anmelden.

Die englischen Verluste.

W. T. B. London, 18. Okt. Die Verlustlisten vom 16. und 17. Oktober enthalten die Namen von 358 Offizieren (119 gefallen) und 6924 Mann bezw. 128 Offizieren (31 gefallen) und 2820 Mann.

Englische Sorgen um die Lebensmittelfrage.

Deutschlands zuverlässliche Selbstversorgung gegenüber der bedrohten Abhängigkeit Englands von überseeischen Lieferungen.

W. T. B. London, 19. Okt. (Drahtbericht.) „Daily News“ schreibt im Leitartikel über die Unterhausdebatte über die Lebensmittelfrage: Diese Frage sei von ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang des Krieges. Die Deutschen rechneten auf den Sieg des Ausharrungsvermögens. Sie rechneten darauf oder hofften, daß die Alliierten früher erschöpft sein würden als sie selbst und man müsse offen zugeben, daß sich diese Auffassung begründen ließe. Was die Lebensmittel und Gold betreffe, so sei die Stellung der Alliierten viel weniger sicher als militärisch. Die Alliierten könnten sich nicht wie Deutschland selbst versorgen. Sie müßten den Krieg auf der Goldbasis führen und an dem Tage, wo sie das nicht mehr könnten, würden sie sich in Gefahr befinden. Ebenso ernsthaft sei die Lebensmittelfrage. Die Alliierten seien von ihren überseeischen Lieferungen und deshalb von den Transportmitteln

abhängig und das Ziel des Feindes sei es, den verfügbaren Schiffsraum so zu vermindern, daß die Lieferungen nicht mehr ausreichen.

W. T. B. Rotterdam, 18. Okt. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Bei der gestrigen Eröffnung der Debatte über die Lebensmittelpreise im Unterhause sagte der Arbeiterpartei-Mitglied Barnes, daß die Regierung im allgemeinen so zögernd aufgetreten sei, daß die Interessenten imstande waren, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen, und daß die Vorteile, die das Publikum von den Maßnahmen der Regierung hätte haben können, auf diese Weise weitgehend seien. Redner sagte: Nichts erbittert die Menschen so sehr wie die riesigen Gewinne, die auf Kosten der Armen gemacht worden sind. Barnes verlangte die Festsetzung von Höchstpreisen und eine entsprechende Milchsteuer gegen einen vernünftigen Preis. Er erklärte, daß die Vereinigungen von Farmern im Westen Englands ihren Mitgliedern empfohlen hätten, die Milch lieber an die Schweine zu verfüttern, als auf den Markt zu bringen. Ein Farmer in Ostengland habe jeden Tag 30 Gallonen Milch weggeschüttet. Der Abgeordnete verlangte die Einführung von Strafen für derartige Fälle und die Ernennung eines Lebensmittelministers. Der Präsident des Handelsamts Runciman behandelte in seiner Antwort hauptsächlich die drei miteinander in Verbindung stehenden Fragen, nämlich die Kontrolle über die Vorräte, die Preissteigerung und die Benutzung der Handelsflotte für Kriegszwecke, und sagte, die eigentliche Ursache für die Preissteigerung sei, daß das Verbrauchervermögen des Volkes zugenommen habe, während die Produktionsquellen weniger ergiebig geworden seien. Er wolle von der Ernennung eines Lebensmittelministers nichts wissen. Das Gros der Kaufkraftflotte stehe unter der Kontrolle der Regierung. Nur eine kleine Zahl von Schiffen beschäffte sich noch mit der freien Frachtfahrt, und von diesen verschifften nur ungefähr 80 Lebensmittel. Wenn das allgemein bekannt wäre, würde die Erwitterung nicht mehr so groß sein können. Zum Beweis dafür, wie wenig Einfluß die Frachten auf die Preise der Lebensmittel haben, sagte Runciman, daß bei Fleisch, welches um 4 bis 5 Pence im Preis gestiegen sei, nur 1/2 Pence Preiserhöhung auf Rechnung der höheren Frachten zu sehen seien. Dasjenige, worunter England wirklich leide, sei der Mangel an Schiffen. Es würde alles getan, um so rasch wie möglich Schiffe in Dienst zu stellen. Aber man solle sich daran erinnern, daß England durch den Feind und durch die Geschehen der See seit Beginn des Krieges 2 Millionen Tonnen Schiffsraum verloren habe. Das sei mehr als die Gesamttonnage der französischen, spanischen oder italienischen Handelsflotte. Auf jeden Fall müsse es England veranlassen, sich in die Lage einer blockierten Nation zu versetzen. Deshalb wolle er nichts von Vorkarten, Fleischkarten oder anderen künstlichen Verfügungen hören, die für diejenigen Menschen, die am wenigsten Geld zum Ankauf zur Verfügung haben, nur schädlich sein würden. Man müsse jede „Kartennahrung“ des englischen Volkes bei der Lebensmittelförderung vermeiden.

England und Amerika.

Große amerikanische Vorstellungen in London in der ersten Kriegszeit.

W. T. B. London, 19. Okt. (Drahtbericht.) In der Sitzung des Oberhauses vom 17. Oktober teilte Grey mit, daß die amerikanische Regierung im September 1914 gegen das Patrouillieren von britischen Kreuzern an der amerikanischen Küste Vorstellungen erhob. Die amerikanischen Behörden fingen drastische Maßnahmen des englischen Schiffes „Suffolk“ nach New York auf, in welchen um Vorrat und Zeitungen gebeten wurde. Die amerikanische Regierung ließ darauf den englischen Vorkreuzer wissen, daß man dies im Wiederholungsfall so auffassen müßte, daß das amerikanische Gebiet als Basis für Proviant und Informationen benutzt würde, um aus den Zeitungen die Schiffsbewegungen kennen zu lernen. Der Versuch wurde englischerseits nicht wiederholt. Ferner ließ die amerikanische Regierung die englische Regierung benachrichtigen, daß die Anwesenheit von britischen Kriegsschiffen in der Nähe von New York die amerikanische Regierung zwingt, eine sehr energische Haltung einzunehmen, da die öffentliche Meinung sehr empört sei und daß ein Wiederholungsfall als unfreundlicher Akt aufgefaßt werden könnte, der die amerikanische Regierung zum Handeln nötigen würde. Grey sagte weiter, er wisse nicht, ob amerikanische Kriegsschiffe das Experiment eines Unterseebootes erleichtert hätten, indem sie ihm aus dem Wege gingen. Die Zeitungen hätten so berichtet, aber nur die amerikanischen Behörden könnten die Tatsachen feststellen.

Neue englische Übergriffe auf neutrale Postdampfer.

W. T. B. Haag, 19. Okt. (Drahtbericht.) Der Dampfer „Commercyne“ (Amsterdam-Ostindien), „Princess Juliana“ (Batavia-Amsterdam) und „Westerbijl“ (New York-Rotterdam) mußten die Post in England zurücklassen.

Englische Preisbefragung an Bord eines norwegischen Schiffes.

W. T. B. Kopenhagen, 19. Okt. (Drahtbericht.) Gestern ist im Aalborg das norwegische Dampfschiff „Olaf“ mit einer

